

Ehemaliger südkoreanischer Präsident Yoon Suk Yeol erneut in Haft

Der ehemalige südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol ist erneut in Haft wegen einer Untersuchung zu seinem martialischen Gesetzesvorstoß. Vorwürfe reichen von Machtmissbrauch bis zur Behinderung von Behörden.



Der ehemalige südkoreanische Präsident Yoon Suk Yeol ist erneut in Gewahrsam genommen worden. Dies geschieht im Rahmen einer unabhängigen Untersuchung zu seiner **Erklärung des Kriegsrechts** im vergangenen Jahr.

Re-Arrest aufgrund von Beweismangel

Laut den Ermittlern, die die Untersuchung leiten, genehmigte das Zentralgericht von Seoul am frühen Donnerstagmorgen einen Haftbefehl für Yoon. Der Grund dafür sind Bedenken hinsichtlich der Zerstörung von Beweismaterial.

Verfassungs Krise in Südkorea

Yoons überraschende Erklärung zur Einführung des Kriegsrechts im Dezember führte zu einer verfassungsrechtlichen Krise in Südkorea und wurde weithin als Angriff auf die Demokratie des Landes verurteilt. Innerhalb von nur sechs Stunden sah sich Yoon gezwungen, seine Entscheidung zurückzuziehen, nachdem die Gesetzgeber gewaltsam in das Parlament eingedrungen waren und einstimmig gegen das Gesetz stimmten.

Strafverfahren und Vorwürfe

Im Januar wurde Yoon wegen der Leitung einer Meuterei **verhaftet** und ist damit der erste Präsident in der südkoreanischen Geschichte, der während seiner Amtszeit festgenommen wurde. Er wurde im März **freigelassen**, nachdem das Gericht aus technischen Gründen seinen Haftbefehl aufgehoben hatte.

Verfassungsgericht urteilt über Amtsenthebung

Im April bestätigte das Verfassungsgericht einstimmig die **Amtsenthebung Yoons** und bezeichnete seine Handlungen als „gravierenden Verrat am Vertrauen der Bevölkerung“.

Beschuldigungen wegen Machtmissbrauchs

Yoon sieht sich mittlerweile mehreren kriminalrechtlichen Ermittlungen gegenüber. Laut dem unabhängigen Anwalt wird er unter anderem des Machtmissbrauchs und der Behinderung von Amtsaufgaben beschuldigt.

Anklage wegen militärischer Maßnahmen

In einem geleakten Haftantrag wurde behauptet, dass Yoon das

Kriegsrecht erklärt habe, um eine politische Stagnation aufgrund der Mehrheit der Oppositionspartei im Nationalversammlung zu überwinden. Ihm wird vorgeworfen, Truppen eingesetzt zu haben, um zu verhindern, dass Abgeordnete das Gebäude des Nationalversammlungs betreten, um die Verordnung aufzuheben.

Vorwürfe über Einsatz von Gewalt

Yoon soll auch angeordnet haben, „die Türen aufzubrechen“ und „Menschen herauszuziehen, selbst wenn das den Einsatz von Schusswaffen erfordert“. Yoons Anwälte bestreiten, dass er den Einsatz von Schusswaffen angeordnet hat.

Einflussnahme auf Ermittlungen

Zusätzlich wird Yoon vorgeworfen, den Einsatz der Sicherheitskräfte mobilisiert und deren Einsatz autorisiert zu haben, um die Durchführung von Durchsuchungsbefehlen der Korruptionsuntersuchungsbehörde (CIO) im Dezember und Januar zu behindern.

Reaktion der Verteidigung

Die Anwälte von Yoon bezeichneten den Haftantrag als „eilig und unbegründet“ und bezeichneten die Ermittlungen als „mangelhaft und politisch motiviert“. Sie wiesen darauf hin, dass die Fragen des unabhängigen Anwalts während der Untersuchung nur grundlegender Natur waren und dass im Haftantrag keine Hochverratsanklagen enthalten waren.

Die Anwälte fügten hinzu, dass die meisten der Verpflichteten bereits festgenommen wurden und sich im Verfahren befinden, sodass alle relevanten Beweise gesichert sind und kein Risiko besteht, dass Beweismaterial zerstört wird.

Unabhängige Ermittlungen nach der

Amtsenthörung

Unabhängige Anwaltsteams wurden eingerichtet, um Yoon nach seiner Amtsenthebung und der Wahl von Lee in einer vorgezogenen Präsidentschaftswahl im Juni zu untersuchen.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)